



Hand drauf: (v. l.) Peter Kalley (UWG), Dr. Thomas Foerster (CDU), Marco Mantovanelli (Grüne) und Heiner Kollmeyer (CDU) wollen den Haushalt weiter und nachhaltig konsolidieren und die Personalkosten in der Verwaltung senken.
Bild: Dinkels

Ansage für die Haushaltsdebatte

Gütersloh (din). Die Plattform-Plus-Fraktionen CDU, Grüne und UWG haben am Freitag den Weg vorgezeichnet für die nächsten Haushaltsberatungen. Sie fordern einen strukturell ausgeglichenen Etat und eine deutliche Senkung der Personalkosten in der Verwaltung.

„Wir werden einem Haushalt 2014 nicht zustimmen, der nicht strukturell nachhaltig ausgeglichen ist“, kündigte Marco Mantovanelli an. Das bedeutet: ohne Neuverschuldung und ohne Griff in die Rücklagen. Ein Hauptthema dabei sollen die Personalausgaben sein. Dem 2009 formulierten Ziel, die Personalkosten bis 2015 gegenüber 2010 um zehn Prozent zu senken, wolle man zumindest näherkommen.

Die Haushaltsjahre 2011 und 2012 waren mit Überschüssen in Höhe von 10 Millionen und 705 000 Euro abgeschlossen wor-

den. „Das wissen wir durchaus zu würdigen“, sagte CDU-Fraktionschef Heiner Kollmeyer. „Wir sind aber auf Dauer nicht bereit, uns mit einem Schuldenstand von 100 Millionen Euro abzufinden.“ Gleichzeitig wolle man der Verwaltung mit einem „Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung“ im Finanzausschuss am Dienstag, 9. Juli, ausreichend Zeit geben, den Haushaltsentwurf entsprechend vorzubereiten. Eine Situation wie im März, als der Haushalt nur durch Enthaltungen verabschiedet worden war, soll sich nicht wiederholen.

Die Plattform-Partner verwiesen auf eine Übersicht der Bertelsmann Stiftung, nach der die Personalkosten je Einwohner in Gütersloh mit 542,3 Euro höher liegen als in Bielefeld, Paderborn, Herford und Minden. Nur Dortmund liegt mit 561,9 Euro darüber. Gehe man von einem Durchschnitt von 483 Euro aus, müssten

in Gütersloh gut 60 Euro für jeden Einwohner, also fast sechs Millionen Euro an Personalkosten pro Jahr eingespart werden. „Wir wollen keine betriebsbedingten Kündigungen“, sagte CDU-Ratschherr Dr. Thomas Foerster. Es gehe um personalwirtschaftliche Maßnahmen und um Effizienz. Jede Stelle müsse überprüft werden, sagte Mantovanelli.

„Es darf keine Denkverbote geben. Wir schließen nichts aus, alles muss auf den Prüfstand“, sagte der Grüne auch mit Blick auf die Einnahmeseite und Steuern. Mit dem fiktiven Hebesatz von 411 Prozent sei bei der Gewerbesteuer das Limit erreicht, schränkte Foerster ein. Peter Kalley (UWG) verwies auf die steigenden Pensionskosten, die nur zu stemmen seien, wenn Schulden abgebaut würden. Auch über die Investitionen in die Rettungswache und die Stadthalle will Mantovanelli noch einmal reden.



Peter Kalley (UWG/von links), Dr. Thomas Foerster (CDU), Marco Mantovanelli (Grüne) und Heiner Kollmeyer (CDU) wollen die Stadtverwaltung zum Sparen zwingen. Schon im Jahr 2014 soll ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden.

Die Stadt muss sparen

Ratsmehrheit will ausgeglichenen Haushalt bis 2014

Gütersloh (WB). CDU, Grüne und UWG erhöhen den Druck. Bis 2014, so die Forderung der Ratsmehrheit, soll die Stadt einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. »Sollte die Verwaltung dem nicht nachkommen, werden wir dem Haushalt 2014 nicht zustimmen«, kündigt Marco Mantovanelli (Grüne) stellvertretend für die drei Fraktionen an.

Von Michael Delker

Die Ratsmehrheit möchte verhindern, dass die Stadt finanziell in Not gerät. Als Anfang des Jahres der aktuelle Haushalt verabschiedet wurde, klaffte dort trotz Gewerbesteuererhöhung ein Millionen-Loch. Mittelfristig sehen die Perspektiven nicht besser aus. Zwischen 2014 und 2016 werden Defizite von jährlich fünf bis acht Millionen Euro erwartet. Zudem wies Kämmerin Christine Lang auf die Notwendigkeit hin, dass Rückstellungen für die Pensionsansprüche der städtischen Bediensteten gebildet werden müssen. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, wollen die drei Fraktionen am Montag einen Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung herbeiführen. Die Gütersloher Stadtverwaltung wird damit zum Sparen gezwungen – und die Ratsmehrheit hat bereits konkrete Vorstellungen, wo der Rotstift angesetzt werden sollte.

Personalkosten:Die Verwaltung soll darlegen, mit welchen Maßnahmen sie den Personalaufwand bis 2015 reduzieren will. Die Forderung fußt auf einem Grundsatzbeschluss vom 18. Dezember 2009. Damals legte der Rat fest, dass die Personalkosten von 2010 bis 2015 um zehn Prozent zu reduzieren sind. Stellenneugründungen, zum Beispiel für die Konversion, werden von CDU, Grünen und UWG in Frage gestellt. Stutzig macht die Plattform, dass in Gütersloh Personalkosten von 555 Euro pro Einwohner anfallen. In Paderborn sind es laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung 486 Euro, in Bielefeld 503 Euro.

Gutachten und Workshops:Die 2,2 Millionen Euro, die die Stadt hierfür in den vergangenen Jahren ausgegeben hat, sind CDU, Grünen und UWG eindeutig zu viel.

Investitionen:Großprojekte wie die Stadthallen-Sanierung oder der Neubau der Feuer- und Rettungswache sind auf den Prüfstand zu stellen. »Man muss sich beispielsweise die Frage stellen, ob

es notwendig ist, für alle Feuerwehrfahrzeuge eine riesige Halle zu bauen. Vielleicht können einige auch überdacht draußen stehen«, sagt Mantovanelli.

Interkommunale Zusammenarbeit:Die Ratsmehrheit will Doppelstrukturen abbauen. So unterhalten sowohl die Kreis- als auch die Stadtverwaltung eigene Vermessungsämter. »Auch bei der Abfallbeseitigung sind Kooperationen mit dem Kreis wünschenswert«, sagt Mantovanelli.

Sollte die Stadt ihre Ausgaben spürbar senken, wären die drei Fraktionen bei einem anderen Thema gesprächsbereit. Sie würden einer Erhöhung der Grundsteuer zustimmen, die bei der jüngsten Haushaltsverabschiedung noch verhindert worden war.

— Plattform Plus —

Ausgeglichener Haushalt gefordert

Gütersloh (din). In einem gemeinsamen Antrag fordern die Plattform-Plus-Fraktionen von CDU, Grünen und UWG die Verwaltung auf, „für das Haushaltsjahr 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen“. Außerdem rufen die Antragsteller einen Beschluss in Erinnerung, demzufolge die Personalkosten als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung im Zeitraum 2010 bis 2015 um zehn Prozent gesenkt werden sollen. Die Fraktionen möchten Auskünfte, wie sich die Personalkosten seit der Beschlussfassung am 18. Dezember 2009 absolut sowie ohne Stellenründungen aufgrund neuer Pflichten und ohne Tarifierhöhungen entwickelt haben. In einer Übersicht der Bertelsmann Stiftung zu den Personalkosten in Relation zur Einwohnerzahl lag Gütersloh 2010 mit 554,9 Euro je Einwohner vor Minden, Herford, Paderborn, Detmold und Bielefeld. CDU, Grüne und UWG fordern eine Stellungnahme von der Verwaltung. Der Hauptausschuss tagt Montag, 8. Juli, ab 17 Uhr im Ratssaal.

Debatte um Haushalt

Grundsatzbeschluss läuft ins Leere

Gütersloh (din). Mit den Stimmen von CDU, Grünen, UWG, BfGT und FDP hat der Hauptausschuss die Verwaltungsspitze am Montag aufgefordert, auch für 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen. Er soll ohne neue Schulden und ohne Griff in die Rücklagen auskommen.

Außerdem soll die Verwaltung darlegen, auf welchem Weg sie die Personalkosten gemäß einem 2009 gefassten Beschluss reduzieren will, nach dem die Ausgaben bis 2015 gegenüber 2010 um zehn Prozent sinken sollen. Tatsächlich sind sie zuletzt absolut gestiegen.

Vor dem Beschluss stellte Kämmerin Christine Lang klar, dass es ihr gesetzlich verbrieftes Recht sei, mit der Bürgermeisterin den Haushaltsentwurf einzubringen. Angewiesen werden könne sie auf diesem Weg nicht, formell gehe der Beschluss „ins Leere“.

Um den Antragstellern weiteren Wind aus den Segeln zu nehmen, teilte die Kämmerin mit, dass der Jahresabschluss für das Jahr 2012 einen Überschuss von 13,7 Millionen Euro ausweise. Ursache für das Plus im Etat seien in erster Linie stark gestiegene Steuereinnahmen, aber auch weniger Ausgaben. Auch für 2012 habe der Planansatz einen struk-

turell ausgeglichenen Haushalt vorgesehen, allerdings mit der vorsichtig positiven Prognose von 700 000 Euro im Plus. Bereits das Jahr 2011 habe man mit einem Überschuss von zehn Millionen Euro außergewöhnlich positiv abgeschlossen. Auch das Jahr 2013 verlaufe „bisher erfolgversprechend“. Gütersloh stehe vergleichsweise gut da.

Bürgermeisterin Maria Unger (SPD) sagte, „der Haushaltsausgleich hängt nicht vom guten Willen der Verwaltung ab“. Entscheidend seien externe Faktoren wie die Konjunktur, die Gewerbesteuern, die Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage. Ein weiterer Stellenabbau sei nur über das rigorose Streichen freiwilliger Leistungen möglich.

Ausführlich beantwortete Christine Lang Fragen der Plattform Plus nach der Entwicklung der Personalkosten. Sie relativierte eine Übersicht der Bertelsmann Stiftung von 2011, laut der Gütersloh im Vergleich mit Minden, Herford, Paderborn und Bielefeld schlechter dastehe. „Ja, wir haben höhere Personalkosten als andere, aber das hat Gründe“, sagte Lang. So sei beispielsweise die Abfallwirtschaft nicht ausgegliedert und der Anteil der Erzieherinnen in städtischen Tageseinrichtungen höher als anderswo.

Text

Verkleinern

Drucken

Schliessen

Konter mit Zahlen

Bürgermeisterin und Kämmerin reagieren auf Sparforderungen der Plattform

■ **Gütersloh** (raho). Mit großer Verwunderung und einem regelrechten Zahlen-Bombardement haben Bürgermeisterin und Kämmerin gestern Abend im Hauptausschuss auf die Forderungen der Plattform-Plus-Fraktionen zur weiteren Haushaltskonsolidierung reagiert. Maria Unger und Christine Lang wollten damit aus ihrer Sicht eins klarstellen: „Die Verwaltung ist effizient aufgestellt.“

Gleichwohl wurde sie zum einen aufgefordert, bereits für das Haushaltsjahr 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Zum anderen soll die Verwaltung darlegen, wie die Personalkosten reduziert werden können. Gegen den Antrag des Bündnisses von CDU, Grünen und UWG (vgl. NW von Samstag) votierte allein die SPD.

Unger kritisierte, die Plattform schüre Unruhe unter den Mitarbeitern und stelle die Haushaltssituation der Stadt schlechter dar, als sie in Wirklichkeit sei. 2011 sei ein Überschuss von 11 Millionen Euro erzielt worden. Aktuelle Berechnungen hätten für 2012 gar ein Plus von fast 14 Millionen Euro ergeben. Güters-



Alles andere als amüsiert: Kämmerin Christine Lang.

loh sei eine der wenigen Kommunen in NRW mit einem ausgeglichenen Haushalt.

Mit einem in Windeseile zusammengestellten Zahlenwerk erläuterten Unger und Lang die Entwicklung des von der Plattform mit großen Argwohn beäugten Personalaufwands. Bereinigt um Tarifsteigerungen, zusätzlich aufgebürdete Aufgaben etwa bei den Kitas und der Feuerwehr sowie weitere extern beeinflusste Faktoren seien die Kosten seit 2010 um gut drei Prozent zurückgefahren. Selbstverständlich komme jede frei werdende

Stelle auf den Prüfstand, so die Bürgermeisterin. Ein weiterer Abbau habe rigoroses Streichen bei den freiwilligen Leistungen, etwa im Umweltschutz oder auf dem sozialen Sektor zur Folge.

Zugleich warnte Lang mit Hinweis auf die Statistiken der Bertelsmann-Stiftung davor, den Blick allein auf den Kernhaushalt zu werfen. Aussagekräftiger seien die Personalausgaben der laufenden Verwaltung pro Einwohner. Dort schneide Gütersloh im interkommunalen Vergleich ausgezeichnet ab. Aber selbst hier seien die Statistiken mit Vorsicht zu genießen, da andere Kommunen manche Aufgaben durch Dritte erledigen ließen und die Kosten dafür nicht auftauchten. Die Kämmerin warnte zudem davor, vorschnell Leistungen einzustellen. Die Stadt müsse schließlich weiter attraktiv bleiben.

Im Rededuell mit Marco Mantovanelli sprach Lang dem Grünen-Sprecher die Expertise ab, in Konsolidierungsfragen „einfach von außen reinzugrätschen.“ „Sie können die Sterne nicht vom Himmel holen. Auch dann nicht, wenn Sie das beschließen.“

© 2013 Neue Westfälische
07 - Gütersloh, Dienstag 09. Juli 2013

Artikel speichern mit rechter Maustaste -> Bild/Grafik speichern unter...

Stadt erzielt 13,8 Millionen Euro Überschuss

Gütersloh(rec). Die Stadt Gütersloh hat das Haushaltsjahr 2012 mit einem Überschuss von 13,8 Millionen Euro abgeschlossen. Nicht nur diese, vor allem aus Gewerbesteuereinnahmen sprudelnde Summe ist nach Ansicht von Bürgermeisterin Maria Unger und Kämmerin Christine Lang einer der Gründe, warum einem Haushaltsausgleich im kommenden Jahr nicht verbissen hinterhergespart werden muss.

Dem entsprechenden Antrag der Plattform Plus (CDU, Grüne, UWG) hielt Christine Lang im Hauptausschuss zunächst scharfe Kritik an den »oberflächlich ermittelten« Haushalts-Vergleichsdaten der Bertelsmann Stiftung entgegen: »Die Daten der Stiftung stimmen nicht mit unseren Haushaltszahlen überein. Warum das so ist, konnte mir in der Stiftung auch niemand erklären.« Sodann präsentierte Lang eine andere, mit selbst erhobenen Vergleichsdaten untermauerte Botschaft: Ja, die Stadt Gütersloh gibt für Personal, das Kernaufgaben erledigt, mehr aus als andere Kommunen in Ostwestfalen-Lippe.

Doch damit, so Lang, wird ein deutlich besseres Gesamtergebnis erzielt: »Eine gute Konjunktur hatten im vergangenen Jahr viele Kommunen. Was glauben Sie, wie wir es schaffen, damit auch ein herausragendes Ergebnis zu erzielen?«